



BAYERISCHER LANDTAG  
IHRE ABGEORDNETEN

ANGELIKA WEIKERT  
HELGA SCHMITT-BUSSINGER  
STEFAN SCHUSTER

---

**Infobrief der Nürnberger  
SPD-Landtagsabgeordneten  
Helga Schmitt-Bussinger,  
Stefan Schuster  
und Angelika Weikert**

**Maximilianeum**  
81627 München  
Telefon 089 4126-0

**Abgeordnetenbüros:**  
Karl-Bröger-Straße 9  
90459 Nürnberg  
Telefon 0911 43896 / -40  
/ -50  
/ -60

nuernberg@angelika-weikert.de  
buero@schmitt-bussinger.de  
buero@stefan-schuster-mdl.de

Nürnberg, 24. November 2011

Liebe Mieterinnen und Mieter der GBW-Gruppe!

Wir teilen Ihren Unmut und Ihre Verärgerung über die Zustände, denen Sie als Mieter der GBW ausgesetzt sind. Die derzeitige Geschäftspolitik der GBW trifft Sie mit voller Wucht: Notwendige Renovierungen werden immer wieder aufgeschoben, stattdessen werden die Mieten in unerträglicher Weise erhöht. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften haben aber einen klaren gesellschaftlichen Auftrag. So heißt es im Unternehmensleitbild der GBW-Gruppe: „Wir bieten breiten Bevölkerungsgruppen hochwertigen und bezahlbaren Wohnraum und nehmen unsere Mieter und ihre Bedürfnisse nach Sicherheit, Geborgenheit und Selbstverwirklichung ernst.“

Wir sind uns sicher, dass Ihnen diese Worte vor dem Hintergrund Ihrer aktuellen Situation nur zynisch erscheinen können. Wir Nürnberger SPD-Landtagsabgeordneten Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger und Angelika Weikert haben diese Entwicklung bereits seit langem befürchtet und schon im Jahr 2009 die Staatsregierung aufgefordert, ihre Verantwortung gegenüber den Mietern der GBW wahrzunehmen.

Für uns war klar, dass die Milliardenverluste der bayerischen Landesbank auch Auswirkungen auf die konkrete Geschäftspolitik dieser Bank und ihrer Tochterunternehmen haben werden. Leider sind unsere Befürchtungen nun noch übertroffen worden.

Die Verantwortung für den Schutz der Mieter im Bereich der GBW trägt eindeutig die bayerische Staatsregierung. Die SPD-Landtagsfraktion hat in mehreren parlamentarischen Initiativen von den Finanzministern des Freistaates Bayern gefordert:

- Die Mieter vor der sich abzeichnenden unsozialen Geschäftspolitik der GBW zu schützen
- Den Wohnungsbestand der GBW in einiger Verantwortung als neuer Eigentümer zu übernehmen
- Auf die Geschäftspolitik der GBW dahingehend Einfluss zu nehmen, dass soziale Mietobergrenzen eingeführt werden.

Am 24. November haben wir erneut in einem Dringlichkeitsantrag von der Staatsregierung gefordert, jetzt endlich eine Erklärung vor dem Haushaltsausschuss des Landtages zur weiteren Politik der GBW abzugeben.

Ihre Interessen als Mieter müssen endlich effektiv geschützt werden. Wir versichern Ihnen, dass wir Ihnen dabei zur Seite stehen und nicht nachlassen werden, Ihre berechtigten Forderungen auch weiterhin nachhaltig zu vertreten. Wenn wir darüber hinaus etwas für Sie tun können, melden Sie sich doch einfach über die oben angegebenen Kontaktdaten bei uns.

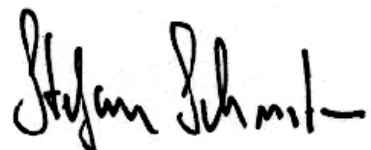
Mit freundlichen Grüßen,  
Ihre SPD-Landtagsabgeordneten



Angelika Weikert



Helga Schmitt-Bussinger



Stefan Schuster